

Das war die Bodenreform!

Zum zehnten Jahrestag eines traurigen Kapitels in der deutschen Geschichte

Bereits nach dem ersten Weltkrieg wurde eine Art Bodenreform durch eine wohldurchdachte Siedlungstätigkeit eingeleitet. Sie erfolgte durch Reichstagsbeschluß, also auf vollkommen legalem Wege. Die erforderliche Landabgabe regelte das Reichssiedlungsgesetz des Jahres 1919, später kamen die Osthilfegesetze hinzu. In den Jahren 1919 bis 1937 wurden im ehemaligen Reichsgebiet insgesamt 1 565 000 Hektar Land bereitgestellt. Auf die Länder der heutigen Sowjetzone entfielen 530 000 ha. Rund 30 000 Neubauernstellen wurden errichtet und 40 500 Anlieger mit zusätzlichem Land ausgestattet.

Die Landabgabe erfolgte selbstverständlich gegen eine angemessene Entschädigung. Ebenso selbstverständlich war es, daß die neu erstellten Bauernhöfe mit neuzeitlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und mit ausreichend lebendem und totem Inventar ausgestattet wurden. In vernünftiger Anpassung an die örtlichen Standortverhältnisse erhielten die neuen Höfe eine Größe von 15 bis 20 Hektar Nutzfläche. Das Verfahren war gerecht, wirtschaftlich zweckmäßig und, wie die späteren Jahre zeigten, sehr erfolgreich.

„Durchgeführt mit Stiefeln“

Ganz anders verlief im Jahre 1945 die sogenannte „Bodenreform“ der Sowjetzone. Es war eine Bodenreform nach sowjetischem Muster, eine ausschließlich politische Angelegenheit nach dem Vorbild der Agrarrevolution der Sowjets im Jahre 1917, befohlen von der Besatzungsmacht und, wie Hörnle einmal sagte, „durchgeführt mit Kommißstiefeln“. Man verzichtete zwar auf eine Verstaat-

Überall in der Sowjetzone finden gegenwärtig befohlene „Feiern“ zum 10. Jahrestag der Bodenreform statt. Aus diesem Anlaß haben wir einen berufenen Sachverständigen gebeten, in einer realistischen Darstellung die weitgehend unbekanntem Hintergründe und die tatsächlichen Ergebnisse der sowjetischen Bodenreform aufzuzeigen.

lichung von Grund und Boden und „beschränkte“ sich mit der Parole: „Junkerland in Bauernhand“ auf die entschädigungslose Enteignung aller Privatbetriebe über 100 ha Gesamtgröße einschließlich Wald, Öd- und Unland. Dazu kamen alle Privatbetriebe unter 100 ha, soweit sie im Besitz von sogenannten „Kriegs- und Nazi-verbrechern“ waren.

Der Willkür war damit Tür und Tor geöffnet. Im Gegensatz zu der früher üblichen Landbeschaffung, im Gegensatz auch zu der von den westlichen Besatzungsmächten verlangten Bodenreform handelte es sich in der Sowjetzone nicht um eine teilweise Landabgabe unter Belassung eines Restbetriebes, sondern um eine entschädigungslose, totale Enteignung. Im ganzen wurden 712 Privatbetriebe über 100 ha und 4278 Privatbetriebe unter 100 ha Opfer dieser heute als besondere „Errungenschaft“ gepriesenen Bodenreform. Dazu kamen die vorhandenen staatlichen Domänen, Betriebe der Länder und Städte usw. Das gesamte Bodenreformland umfaßte rund 3,2 Mill. ha mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von rund

2,0 Mill. ha, der Rest war Wald und Sonstiges.

Vollkommen schematisch, ohne Berücksichtigung der Bodenverhältnisse und jede praktische Erfahrung außer Acht lassend, wurden 1,68 Mill. ha in einer gleichmäßigen Stückgröße von rund 7 ha an 209 000 Neubauern und weitere rund 0,49 ha an landarme Kleinstbetriebe, Handwerker usw. verteilt. Mit der Waldzulage vergrößerte sich die Stelle auf rund 8 ha. Die Grundbücher der früheren Eigentümer wurden vernichtet. Die Neubauern zahlten pro Hektar einen Preis im Werte von 20 bis 30 Zentner Roggen, als 200 bis 300 RM/ha, und wurden als Eigentümer in einem neu angelegten Grundbuch eingetragen.

Diese nackte Landzuteilung ohne Wohn- und Wirtschaftsgebäude und im Regelfall ohne oder mit nur geringem lebendem und totem Inventar, konnte diese „Neubauern“ natürlich nicht zu Bauern in dem uns geläufigen Sinne, konnte sie nicht lebensfähig, nicht einmal selbsthaft machen, Enttäuscht und verzweifelt gaben in den Jahren von 1946 bis 1952 86 400 Neubauern, d. h. mehr als ein Drittel, ihr Land zurück. Trotz aller möglichen Versprechungen und Vergünstigungen ist es nicht gelungen, die zurückgegebenen Stellen in vollem Umfang neu zu besetzen. Am 31. Dezember 1952 waren 11 330 Stellen unbesetzt und mußten anderweitig durch die zuständigen Gemeinden oder benachbarte volkseigene Güter bewirtschaftet werden.

Die volkseigenen, d. h. nicht aufgeteilten Güter bewirtschaften zur Zeit rund 280 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche = 4,3% der landwirtschaftlichen

Ulbrichts Pläne für Westdeutschland

DT. Kaum ist Ulbricht aus der Sowjetunion, wo er sich zur Erholung seiner hiergeliebten Genossen für längere Zeit aufgehalten hat, zurückgekehrt, als er auch schon die erste Gelegenheit ergreift, um eine seiner sattsam bekannten hetzerischen Reden zu halten. Anlaß bot ihm die Zehn-Jahr-Feier der sogenannten demokratischen Bodenreform in der Sowjetzone, die damals, wie man sich erinnern wird, unter allen möglichen Druckmitteln für die Besitzer entschädigungslos durchgeführt wurde.

Eine solche Reform möchte er auch gern in Westdeutschland eingeführt wissen, wobei er sich sogar auf Kontrollratsbeschlüsse berufen zu können glaubt, obwohl schon damals die Verhältnisse in Ost und West ganz andere waren. Das geht schon auf folgenden Zahlen hervor:

Heuss wieder in Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Bundespräsident Heuss hält sich gegenwärtig wieder in Berlin auf. Dies ist der zehnte Besuch, den er Berlin in seiner Eigenschaft als Bundespräsident abstattet.

Der Regierende Bürgermeister Suhr begrüßte den Bundespräsidenten und gratulierte ihm zu seinem Besuchsjubiläum. In den ersten drei Jahren seiner Amtszeit sei der Bundespräsident jährlich einmal, in den folgenden drei Jahren jährlich zweimal nach Berlin gekommen.

Heuss dankte für diese launige Begrüßung und sprach der Berliner Statistik zunächst ein Lob aus für die gute Registrierung seiner Berlinbesuche. Die Berliner Luft und die Begegnung mit den hier lebenden Menschen gebe ihm bei jedem Besuch neuen Auftrieb. Er werde auch eines Tages mit seinen Möbeln wieder in diese Stadt kommen, aber im Augenblick wisse er noch nicht, wo er sie unterbringen soll, da der Berliner Wohnsitz des Bundespräsidenten, das Schloß Bellevue, noch nicht fertiggestellt sei.

von der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche entfielen 1939 in der SBZ 28,3 v.H. auf Betriebe über 100 Hektar. In der Bundesrepublik waren es nur 4,9 v.H. Der eklatante Unterschied zwischen Ost und West wird noch dadurch unterstrichen, daß z. B. in Mecklenburg 64 v.H. auf Betriebe über 100 Hektar entfielen, in Brandenburg und Anhalt waren es 51 v.H. Nach der Bodenreform in der Sowjetzone erstrecken sich immer noch 4,4 v.H. der Fläche auf die größeren Betriebe über 100 Hektar. Die mit revolutionärer Gewalt und gegen alles Recht durchgeführte entschädigungslose Enteignung hat in der Zone eine in der Bundesrepublik schon seit Jahrzehnten übliche Agrarstruktur geschaffen, denn dort ist der Anteil der Betriebe über 100 Hektar sogar mit 4,2 v.H. noch niedriger als im Osten. Der gegenüber 1939 verminderte Anteil ist durch eine völlig legale Bodenreform herbeigeführt worden. Ein großer Teil der Bauern, die infolge der Knechtungspolitik unter Ulbricht ihren Hof im Stich lassen und flüchten mußten, konnten durch eine fürsorgende Siedlungspolitik, die sicher noch nicht alle Wünsche befriedigt hat, wieder in ihrem Beruf in der westdeutschen Landwirtschaft eingegliedert werden. Ulbricht möge sich nur mal die diesbezüglichen Berichte vorlegen lassen.

Er und mit ihm seine Referenten bemühen sich, den Eindruck zu erwecken, als ob bei der Wiedervereinigung eine primitive Restauration geplant sei. Demgegenüber ist daran zu erinnern, daß der von der Wirtschaft, den Parteien und Gewerkschaften getragene Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands mit voller Zustimmung der Bundesregierung mit Bezug auf die durch die Bodenreform in der SBZ entstandene Struktur folgendes erklärt hat:

„Der Forschungsbeirat empfiehlt, daß die Bodenreform in der SBZ nicht unter dem Gesichtspunkt einer Restauration der alten Eigentumsverhältnisse revidiert werden soll. Neubauern, die den Boden in den vergangenen Jahren unter persönlichen Opfern bearbeitet haben, soll der Boden erhalten

bleiben. Maßgebend ist die Sicherung der Volksernährung und die Schaffung lebensfähiger Betriebe. Der gesamtdeutsche Gesetzgeber wird das rechtsstaatliche Prinzip der Entschädigung für entzogenes Eigentum gesetzgeberisch zur Geltung zu bringen haben.“

Ulbricht tut auch so, wie könnte es anders sein, als ob der Bauer in der Bundesrepublik in ganz besonders schlimmer Lage sei und durchgreifender Hilfe bedürfe, und stellt den elenden Verhältnissen in der Bundesrepublik das Bauernparadies in der Zone gegenüber. Daher sind ja auch wahrscheinlich in Massen die Bauern aus der Sowjetzone geflohen. Daher ist die Sowjetzone, die früher eine Kornkammer Deutschlands war, heute kaum in der Lage, sich selbst zu ernähren, ist vielmehr darauf angewiesen, fremde Zufuhren in Anspruch zu nehmen. Aber das geniert Ulbricht nicht. Seine MAS hält er auch für die Bundesrepublik für sehr empfehlenswert, obwohl aus der Zone manche Klagen über diese Bauernhilfe zu uns gedrungen sind. Offenbar ist nichts davon bekannt, daß die Bauern in der Bundesrepublik im letzten und in diesem Jahr Zehntausende von Traktoren und anderen Hilfsmitteln gekauft haben. Sie sind aber Eigentum der Bauern geworden, die aus ihnen den Lauf ihrer Betriebe so einrichten können, wie sie wollen, und nicht auf den unzuverlässigen Dienst der MAS angewiesen sind. Sie brauchen auch dafür keine teuren Gebühren zu bezahlen.

Sollten sich in der Bundesrepublik noch Reformen als notwendig erweisen, so ist selbstverständlich, daß sie, wie bisher, mit legalen Mitteln durchgeführt werden. Eines Rezeptes von Ulbricht bedürfen sie dazu keineswegs. Die Wirkungen der unter seiner Führung in der SBZ durchgeführten sogenannten Bodenreformen können nur abschreckende sein.

Ulbricht darf gewiß sein, daß in einem freihetlichen Deutschland die Bodenreform nur nach sachlichen Gesichtspunkten betrieben werden wird — so wie es bisher in der Bundesrepublik geschehen ist —, nicht aber um des kommunistischen Klassenkampfes willen.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Berlin (Eigenmeldung). Die Arbeitslosigkeit in Westberlin ist auch im August zurückgegangen, und zwar um 7428 (5,9 Prozent) auf 117 735.

Wie der Präsident des Landesarbeitsamtes mitteilte, ist die stärkste Entlastung des Arbeitsmarktes wieder auf den Beginn der Saison im Bekleidungs-gewerbe zurückzuführen. Auch die Bausaison habe sich ausgewirkt. Darüber hinaus seien von der Metall- und Elektro-industrie weitere Arbeitskräfte eingestellt worden.

Neue Steuersenkung möglich

Erörterungen in Bonn — Vorschläge an den Bundestag

Bonn. — Das Bundesfinanzministerium will dem Bundestag im Herbst Berichte über steuerliche Probleme vorlegen, die den Ausgangspunkt für eine neue Kleine Steuerreform darstellen können. Diese Denkschriften sind vom Bundestag anlässlich der Verabschiedung der letzten Steuerreform angefordert worden. Sie sollen sich mit der Haushaltsbesteuerung, mit der Gestaltung der Umsatzsteuer und mit der Einführung eines besonderen Freibetrages für Arbeitnehmer beschäftigen.

In politischen Kreisen Bonn glaubt man, daß das Parlament diese Gelegenheit wahrnehmen wird, um eine neue Diskussion über Steuererleichterungen einzuleiten. Das Bundesfinanzministerium selbst hält diesen Zeitpunkt für verfrüht. Immerhin wird aber zugegeben, daß es möglich sein müßte, den Steuerzahlern eine neue Erleichterung zu verschaffen, die einen Umfang von einer halben bis einer Milliarde D-Mark haben könnte.

Dabei wird aber aus konjunkturpolitischen Gründen nicht mit einer allgemeinen Tarifsenkung gerechnet, wie sie von der Wirtschaft gefordert worden ist. Es wird aber daran gedacht, die Besteuerung der Ehegatten neu

Die „Staatsoper“ Unter den Linden

DT. Wenn die Staatsoper wieder aufgebaut wurde unter weitgehender Respektierung des alten Aussehens, so ist dies überaus erfreulich. Erfreulich nicht nur, weil man es einmal unterließ, sich gegen den guten Geist alter Berliner Bautradition zu verstüßigen, sondern weil man eine Kunststätte für jene Menschen schuf, die mit wirklicher Kunst gemeinhin nicht bedacht werden. So könnte es jedenfalls sein, und wir alle hoffen, daß es so sein wird.

Es sind 35 Millionen Ostmark nach offiziellen Angaben verbaut worden. In Wirklichkeit

wird es viel mehr sein. Ein großer Betrag in einem Gebiet, in dem es immer noch an den notwendigsten Sozialbauten fehlt; ein großer Betrag in der Vorstellung derer, die immer noch nicht ausreichend ernährt und mit Versorgungsgütern bedacht werden. Dieses Bedenken kann nur im Laufe der Zeit durch künstlerische Tat überwunden werden. Es kann darüber hinaus nur überwunden werden, wenn die neue Institution tatsächlich „dem Volke“ zugute kommt, ohne aber „VEB“ zu werden.

Hier liegt eine echte und wirkliche Chance für die Intendanz, sofern sie sich frei zu halten vermag von den zerstörenden Kulturfunktionär-Tendenzen, sofern sie überhaupt gewillt ist zu einer Tätigkeit in künstlerischer Freiheit. Statt vorschnell zu urteilen, wollen wir abwarten, ob diese Chance genutzt wird.

DGB zur Atomwirtschaft

Düsseldorf (Eigenbericht). Die Erzeugung von Atomenergie dürfe keinesfalls ohne Kontrolle der privaten Wirtschaft überlassen werden, hat Ludwig Rosenberg vom Bundesvorstand des DGB auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf erklärt. Die Gewerkschaften selbst hätten zwar noch keine ganz klaren Vorstellungen über die zweckmäßigste Regelung. Es stehe jedoch fest, daß die Atomenergie in vielen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens bald eine Rolle spielen werde. Der Sprecher brachte zum Ausdruck, daß die ganze Atomwirtschaft im wesentlichen eine Frage des Staates, also der Allgemeinheit, sein müsse.

Wer künftig aus Westberlin oder Westdeutschland oder aus dem Ausland kommend studienhalber die Oper Unter den Linden betritt, wird nicht umhin können, neben der Kunst auch die Umgebung, das Publikum kritisch zu betrachten. Und sich zu fragen: wer sitzt hier, sind es die ihre Eitelkeit befriedigenden Funktionäre, oder sind es tatsächlich die nach unverfälschter großer Kunst sich sehenden namenlosen Menschen der Zone, die wirklich allen Ständen und Schichten angehören und nicht nur den bevorrechtigten? Es wird sich bald erweisen, ob das neuerrichtete Haus wie behauptet eine Oper der Deutschen wird oder lediglich eine Oper des DDR-Staates.

Platzmangel auf der Industrie-Ausstellung

Es wird eine große Sache

Berlin (Eigenmeldung). Die Anmeldungen für die am 24. September beginnende 6. Deutsche Industrie-Ausstellung sind wieder in sehr starkem Umfange aus dem In- und Ausland erfolgt.

Schon jetzt deutet sich bei verschiedenen Branchen ein ausgesprochener Platzmangel an. Auch der Aufbau einer neuen

Halle von 2500 Quadratmeter wird diese Schwierigkeiten nicht beseitigen können.

Die Eröffnung der Industrie-Ausstellung wird von Bundeswirtschaftsminister Erhard vorgenommen. Eine Reihe bedeutungsvoller Kongresse und Tagungen — u. a. der 9. Deutsche Betriebswirtschaftertag — steht auf dem Programm.

Wiedervereinigung in 2 Jahren?

Keine Sicherheitsgarantien ohne Einheit

Washington (AP). Die amerikanische Regierung hat Bundeskanzler Dr. Adenauer nachdrücklich versichert, daß die USA auf der Wiedervereinigung Deutschlands als einem wesentlichen Teil jeder europäischen Regelung mit der Sowjetunion bestehen werden.

Diese Versicherung ist die Antwort auf einen persönlichen Brief Adenauers an Außenminister Dulles, in dem der Kanzler sich besorgt wegen der Möglichkeit geäußert hatte, die amerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion sei nach der Genfer Konferenz nachgiebiger geworden.

In Privatgesprächen mit seinen Mitarbeitern ließ Dulles ferner durchblicken, daß er eine Wiedervereinigung Deutschlands mit Bindung an den Westen für absolut möglich halte. Dies könne in etwa zwei Jahren der Fall sein.

Konferenz am 27. Oktober

Inzwischen haben auch die Westmächte ihre Politik in der Deutschlandfrage für die am 27. Oktober in Genf beginnende Außenministerkonferenz festgelegt. Die Westmächte gehen davon aus, daß Sicherheitsgarantien in Europa nur Teil einer allgemeinen Regelung sein können, die die Wiedervereinigung Deutschlands einschließt. Der Westen wird der Sowjetunion sagen, daß die deutsche Wiedervereinigung der Preis ist, den die Sowjetunion für neue Sicherheitsgarantien zu zahlen hat.

Dulles rechnet mit Erfolg

Washington (AP/DPA). Zu der Moskauer-Reise des Bundeskanzlers erklärte der amerikanische

Außenminister Dulles, es bestehe die Möglichkeit, daß die Verhandlungen Dr. Adenauers mit der sowjetischen Regierung zur Lösung des Problems der Kriegsgefangenen und der deutschen Wiedervereinigung beitragen werden.

Die Zustimmung der Sowjetunion zu der von Bonn vorgeschlagenen Ausdehnung der Gesprächsthemen deutete darauf hin, daß es zu nützlichen Aussprachen über diese Probleme kommen könnte.

Genf auf der Probe

Die volle Auswirkung der deutsch-sowjetischen Verhandlungen werde sich allerdings wahrscheinlich erst auf der Genfer Außenministerkonferenz im Oktober zeigen, sagte Dulles. Der „Geist von Genf“ werde dort auf die Probe gestellt werden.

Heimkehrer aus ganz Europa

Aus der Sowjetunion entlassen

Berlin (AP/DPA). Von den sowjetischen Behörden sind 27 Gefangene, darunter ein Deutscher, drei Amerikaner und Angehörige mehrerer europäischer Nationen nach jahrelanger Gefangenschaft in der UdSSR den Vertretern ihrer Heimatländer übergeben. Bei den Amerikanern handelt es sich um einen Zivilisten und zwei Soldaten, die vor etwa sieben Jahren von ihrem Truppenteil verschwunden waren.

45 Millionen obdachlos

Genf (AP). Die gegenwärtigen Überschwemmungen in Indien und Ostpakistan haben über 28 000 Dörfer zerstört und rund 45 Millionen Menschen obdachlos gemacht.

Sieben Transportflugzeuge der US-Luftwaffe sind mit den er-

sten 20 Tonnen Hilfsmaterial — meist Medikamente und Decken — nach Karatschi und Neu Delhi abgeflogen. Ein Beauftragter des Roten Kreuzes, Dr. Daubenton, berichtete, daß die Überschwemmung „zu den schlimmsten in der Geschichte Asiens“ gehöre.

Neuer Rekord

Los Angeles (DPA). Der amerikanische Pilot Oberst Hanes hat mit einem Düsenjäger vom Typ „F 100 C“ über der kalifornischen Wüste einen neuen Geschwindigkeitsweltrekord aufgestellt.

Hanes erreichte 1323,10 Kilometer in der Stunde bei einer Flughöhe von 12 Kilometer. Diese Geschwindigkeit liegt um 110 Kilometer über dem offiziell registrierten Weltrekord vom Oktober 1953.

Lenkt Moskau in Japan ein?

London (AP). Die Sowjetunion soll bei den Londoner Friedensvertragsverhandlungen mit Japan ihre Forderung nach Neutralisierung Japans fallengelassen und ihr mögliches Einverständnis auf Rückgabe der Habomei- und Shikotan-Inseln angedeutet haben, verlautete aus diplomatischen Kreisen Londons.

Sowjetbotschafter Malik soll dem japanischen Sonderbotschafter Matsumoto zu verstehen gegeben haben, daß die Frage der Neutralisierung nicht im Wege stehen solle, wenn in Territorialfragen und anderer Punkten Einigung erzielt würde.

Einer der Entlassenen entpuppte sich erst in Westberlin als Deutscher, Vater von fünf Kindern aus Freiburg im Breisgau, der nur infolge der mangelhaften geographischen Kenntnisse einer russischen Dolmetscherin zu seiner Schweizer Staatsangehörigkeit gekommen war. Dieser Heimkehrer, der seinen Namen nicht nennen wollte, gab an, er sei im sogenannten Schachty-Prozess im Juni 1951 zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Die übrigen Freigelassenen, Holländer, Belgier, Franzosen und Dänen gehörten teilweise der ehemaligen deutschen Wehrmacht an oder waren als Fremdarbeiter beim Einmarsch der sowjetischen Truppen gefangenommen worden.

Machtverschiebung in Pankow

Kanzler-Reise birgt Konsequenzen für die Funktionäre der SED

In wochenlanger Kampagne hat die SED versucht, die Bedeutung der Kanzler-Reise nach Moskau zu bagatellisieren. Gleichzeitig haben die führenden Funktionäre der SED in öffentlichen Stellungnahmen betont, daß keine der seit 1945 in der Sowjetzone durchgeführten gesellschaftlichen und politischen Veränderungen rückgängig zu machen sei. Mußte schon die Anhäufung dieser scheinbar unmotivierten Erklärungen stutzig machen, so haben sie in der SED selbst größte Verwirrung ausgelöst. Im Parteiapparat haben erst diese Stellungnahmen die Diskussion darüber angeregt, ob denn die Existenz der SED und ihrer „Errungenschaften“ nun durch den Adenauer-Besuch in Moskau ernsthaft gefährdet seien. — Diskussionen, die weittragende Folgen haben werden!

Niemand weiß zur Stunde, wie die Sowjets auf die vom Bundeskanzler geforderte Klärung der Frage der Wiedervereinigung reagieren werden. Niemand wird auch annehmen, daß die Sowjets diese seit zehn Jahren hartnäckig umgangeene Frage nun mit einem Schlage klären werden. Aber fest steht, daß mit den jetzigen Moskauer Verhandlungen auch das weitere Schicksal der SED verbunden sein kann.

Es gibt für die Sowjets höhere Interessen als die Existenz einer Reihe von Funktionären, die aus einer ihrer internationalen Kommunistischen Parteien an die Spitze eines umstrittenen Staatswesens gekommen sind.

Zwei Gesichtspunkte

Unter dem Blickwinkel dieser SED-Funktionäre wird die Existenz jenes Staatswesens gerne dahingehend diskutiert, daß die Sowjets mit seiner Preisgabe einen ewigen Verzicht auf die kommunistische Durchdringung Europas verbinden müßten. Kenner der Sowjetpolitik stellen einen anderen Gesichtspunkt heraus: Es kann zu einem bestimmten Zeitpunkt der politischen Entwicklung für die Sowjets ratsamer sein, auf die Beibehaltung des unsicheren Zwangsregimes in der Sowjetzone zu verzichten. Auch, in einem wiedervereinigten Deutschland würden die Kommunisten ihr Werk voranzutreiben versuchen. Die Chancen sind in beiden Fällen gering, im letzteren aber für die Sowjetunion selbst ungefährlicher, weil sie hier von dem Risiko einer Nieder-

lage nicht in ihrer Substanz getroffen wird.

Warum spielen diese — scheinbar noch in den Wolken liegenden — Erwägungen heute eine besondere Rolle? Politische Beobachter vermögen in der Führungsspitze der SED eine Veränderung festzustellen, die nicht unterschätzt werden darf.

Nicht mehr

Ein-Mann-Diktatur

In der Sowjetunion wurde nach Stalins Tod, und in den Volksdemokratien werden heute die „Ein-Mann-Diktaturen“ abgebaut. In der Sowjetzone war Ulbricht der Exponent dieser Form der Parteiherrschaft. Die von den Nachfolgern Stalins propagierte „Kollektive Leitung“ besaß in der SED bisher nur beschränkt Gültigkeit.

Nun hat man vor Monaten das physische Versagen des 1. SED-Sekretärs (Ulbricht ist heute ein schwerkranker Mann) zum Anlaß genommen, um auch in der SED-Spitze Veränderungen vorzunehmen. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Bestrebungen in Sensationsdarstellungen verkannt worden sind. Ulbricht wurde nicht „liquidiert“, aber sein autoritäres Parteiregime wurde abgebaut. Als er dieser Tage vom Kur-aufenthalt wiederkam, fand er eine völlig veränderte Lage vor:

Alle Mitglieder des SED-Politbüros haben heute fast gleiche Vollmachten wie der 1. Sekretär. Der als Innenminister zurückgetretene Stoph kontrolliert nun als Parteimann das Innenministerium und die Polizei, der als FDJ-Vorsitzender zurückgetre-

tene Erich Honecker nimmt vom Parteiapparat aus die Lenkung der politischen Jugendorganisation, ihrer vormilitärischen Ausbildung und militärischen Rekrutierung wahr. Fazit: Die vom Zentralkomitee für den Staatsapparat „ausgeliehenen“ Funktionäre ziehen sich wieder auf die übergeordneten Parteiaufgaben zurück! Und hier — über das an den internationalen kommunistischen Apparat angeschlossene SED-Zentralkomitee — sind sie nun jeder für sich der entsprechenden sowjetischen Stelle verantwortlich: Stoph dem MWD, Honecker dem MWD, Komsomol und den Verbindungsorganisationen der Sowjetarmee, Schirdewan dem Sekretariat der KPdSU usw. Ulbricht ist der 1. Sekretär, der Mann für das innerorganisatorische Leben der SED, nicht mehr und nicht weniger. Er wird keinen Dahlem und keinen Zaisser mehr zu entfernen brauchen, weil ihm keiner seiner Politbüromitglieder mehr Rechenschaft schuldet und er über keinen mehr unumschränkte Gewalt besitzt.

Übergang zum „Apparat“

Damit aber befindet sich die SED bereits im Übergang von der Staatspartei zum politischen Apparat, wie ihn die KPD in der Weimarer Republik darstellte. Moskau läuft nicht mehr Gefahr, mit der Preisgabe eines Regierungsapparates, wie es der in der Zone darstellt, auch seine dort aktive kommunistische Partei zu opfern. Eine Entwicklung, die man beliebig weiterführen kann. Und die von klarsichtigen SED-Funktionären nur mit Unbehagen verfolgt wird.

382 politische Urteile

Berlin (Eigenmeldung). Der Leiter des Untersuchungsausschusses freihetlicher Juristen, Dr. Friedenau, gab bekannt, daß in der ersten Hälfte dieses Jahres in der Sowjetzone 382 Angeklagte aus politischen Gründen verurteilt worden, 14 Menschen wurden zum Tode, 18 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die übrigen erhielten Freiheitsstrafen von insgesamt 2000 Jahren.

HO — jetzt auch auf Karten

Neuer Schlag gegen privaten Handel

In Ostberlin und vielen Orten der Zone sind HO-Läden jetzt dazu übergegangen, auch rationierte Waren auf Lebensmittelkarten zu verkaufen. Beabsichtigt ist, dadurch 1. den Privathandel noch weitgehender auszuschalten, und 2. einzelne bisher unrentable HO-Verkaufsstellen zu sanieren. Gleichzeitig wurden die bisherigen Verwaltungen der HO-Kreisbetriebe aufgelöst und direkt den Räten der Kreise bzw. deren Fachabteilungen unterstellt.

Dadurch ist folgende für die Privatwirtschaft bedenkliche Situation entstanden: Die großen HO-Betriebe — vornehmlich Großgasstätten — sind jetzt in letzter Konsequenz verstaatlicht. Die Kreisverwaltungen des Staates sind für ihre Unterhaltung und Förderung verantwortlich. Da es sich keine kommunale Verwaltung leisten kann, einen ihr gehörenden Betrieb unrentabel arbeiten zu lassen, muß sie alles tun, um die von der HO weitgehend heruntergewirtschaft-

teten Geschäfte rentabel zu machen.

Jene HO-Läden aber, die mit dem Verkauf auf Lebensmittelkarten begonnen haben, legen merkwürdige Geschäftspraktiken an den Tag. Sie beginnen mit Kopplungsgeschäften, indem sie verknappte HO-Waren vornehmlich an solche Kunden geben, die auch mit ihren Lebensmittelkarten bei ihnen eingetragen sind. Dadurch sind viele Leute wohl oder übel — aus reinem Selbsterhaltungstrieb — gezwungen, ihren bisherigen privaten

Einkaufsläden Valet zu sagen.

In Ostberlin werden hauptsächlich in den Vororten noch im September mehrere HO-Lebensmittelläden mit diesem Doppelpverkauf beginnen. Da es in diesen Vororten wie auch in den kleineren Orten der Zone kaum Konsum-Läden, dafür aber fast überall kleine HO-Filialen gibt, liegt somit ein schwerer Schlag gegen den privaten Handel auf der Hand. Bisher legte der Staat größten Wert darauf, zu betonen, daß der private Lebensmittelhandel durch die HO niemals geschädigt werden könne. Allein aus diesem Grunde wurden oft direkt neben Privatläden HO-Verkaufsstellen eingerichtet, die jetzt die Existenz zahlreicher Privathändler zerstören.

Proteste der Geschäftsleute pflegt die HO mit dem Bemerkung abzutun, es gebe ja auch genügend Privathändler, die HO-Waren verkaufen dürfen.

Das war die Bodenreform!

Fortsetzung v. Seite 1

Nutzfläche und kosten das Volk jährlich erhebliche Zuschüsse. Früher waren es beachtliche Überschußbetriebe.

Parallel mit der Landverteilung lief die Organisation der sog. Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) und der Maschinenausleihstationen (MAS), heute MTS = Maschinentraktorstationen genannt. Letztere sollten den Neubauern die wegen des fehlenden Inventars notwendige Hilfe bringen. Bald aber haben die Bauern erkannt, daß ihr Hauptzweck darin besteht, die Bauern in einer dauernden wirtschaftlichen Abhängigkeit und damit verbunden unter laufender politischer Kontrolle zu halten.

Nach einer kurzen Atempause — vergleichbar mit der „Nep“-Periode in Rußland — begann um die Jahreswende 1948/49 die zweite Phase der Bodenreform: Der Kampf gegen die Groß- und Mittelbauern mit Methoden, die zu feiern wirklich kein Anlaß vorliegt. Der „Erfolg“ dieses traurigsten Kapitels der sowjetzonalen Bodenreform ist die Tatsache, daß die Zahl der 1939 vorhandenen Bauern in der Betriebsgröße von 20 bis 50 ha sich von 48 500 um 20 400 auf 28 100 und die der Betriebs-

größe von 50 bis 100 ha von 8100 um 6615 auf 1485 verringerte, und zwar Stichtag: 15. Juni 1954. Heute dürfte ihre Zahl wesentlich kleiner sein. Die verlassen Höfe wurden nicht aufgeteilt. Sie werden als „Betriebe der öffentlichen Landwirtschaft“ von den Kreisen und Bezirken bewirtschaftet und erfordern enorme Zuschüsse.

Bildung von Kolchosen

Die dritte Phase der Bodenreform — die Bildung von Kolchosen — wurde eingeleitet mit der Verkündigung des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus“ auf der 2. Parteikonferenz. Damit fielen die letzten Schleier, die bis dahin noch das wahre politische Endziel sowjetzonaler Agrarpolitik verhüllt hatten. Es begründete die Bildung der Produktionsgenossenschaften (LPG), die in ihrem am meisten geförderten Typ III nichts anderes sind als die sowjetischen Kolchosen. Ihre Zahl hat laufend zugenommen und betrug am 30. September 1952 insgesamt 714, davon 2,5% Typ III, am 31. Dezember 1954 insgesamt 5108, davon 59,3% Typ III.

Fast 60 000 Betriebe bis zu 20 ha sind daran beteiligt. Sie bewirtschaften 833 700 ha = 12,8% der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche der Zone. Der sozialisierte Sektor

der sowjetischen Landwirtschaft umfaßt (Stichtag 15. Juni 1954) rund 1 687 700 ha = 26% der landwirtschaftlichen Nutzfläche und verteilt sich auf:

Volkseigene Güter: 280 100 ha
= 4,3% lwd. Nutzfläche,
„örtliche Landwirtschaft“:
573 200 ha = 8,9% lwd. Nutzfläche,
LPG: 833 700 ha = 12,8% lwd. Nutzfläche.

Das bedeutet, daß nur noch 74% der vorhandenen Nutzfläche im Privatbesitz sind. So schlecht wurde von der „demokratischen Bodenreform“ das Versprechen erfüllt: „Der Grundbesitz soll sich auf gesunde und produktive Bauernwirtschaften stützen, die Privateigentum ihrer Besitzer sind.“

Das ist das zahlenmäßige Entwicklungsbild der Bodenreform. Das wirtschaftliche Ergebnis weist sich aus durch die Tatsache, daß die pflanzliche und die tierische Produktion die anerkanntermaßen hohen Erträge der Friedenszeit noch längst nicht erreicht hat und weit zurückbleibt hinter den Leistungen der westdeutschen Landwirtschaft. Daß es so ist, und daß die Behauptungen der sowjetzonalen Machthaber der Wirklichkeit nicht entsprechen, beweisen die nicht abbrechenden Versorgungsschwierigkeiten,



DAS MAHNMAL, das am 10. September am „Tag der Deutschen“ auf dem Reichskanzlerplatz enthüllt wird. Das von dem Bamberger Bildhauer Diesener entworfene Denkmal trägt auf einem Block aus Muschelkalk eine Flammenschale und die Inschrift „Freiheit, Recht, Frieden“. Eine Flamme soll hier lodern, bis die deutsche Einheit und das Recht der Vertriebenen auf Heimat verwirklicht ist.

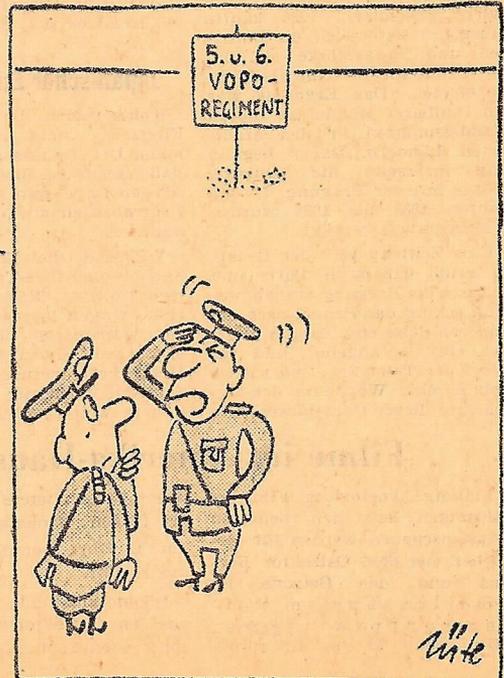
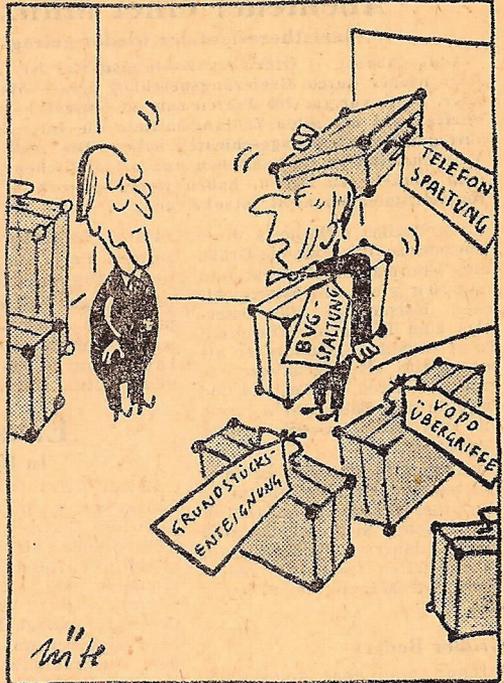
Karikaturen der Woche

OBERN: Kurz vor der Moskau - Reise des Bundeskanzlers besuchte Berlins Regierender Bürgermeister Suhr Dr. Adenauer in Bonn:

„Noch kleines Handgepäck aus Berlin, Herr Bundeskanzler!“

UNTEN: Seit Beginn dieses Jahres sind 2433 Volkspolizisten nach dem Westen geflüchtet. Das entspricht der Mannschaftsstärke von zwei motorisierten Schützen-Regimentern der KVP:

„Bitte, melden zu dürfen, Genosse Vopo-Kommandeur, die fehlenden Regimenter können nur im Westen besichtigt werden!“



Abenteuer einer Münze

Mariatheresientaler wieder gefragt

Addis Abeba. — Offizielles Zahlungsmittel ist in Abessinien jetzt wieder durch Regierungsbeschluß der — Mariatheresientaler. Diese vor gut 200 Jahren zum erstenmal geprägte Münze dürfte wohl von allen Zahlungsmitteln die interessanteste und aufregendste „Lebensgeschichte“ haben. Die recht zahlreichen Versuche, ihn in afrikanischen und orientalischen Ländern aus dem Verkehr zu ziehen, haben wenig gefruchtet. Der Mariatheresientaler ist nicht totzukriegen.

Ursprünglich zirkulierte diese Silbermünze, die etwa die Größe eines Fünfmärkstücker hat und rund 30 g wiegt, im österreichischen Kaiserreich. Da Österreich zum Teil seine Einfuhren damit bezahlte, gelangte er als sogenannte „Handelsmünze“ in großen Mengen ins Ausland und erfreute sich bald vom Atlantik bis zum Stillen Ozean großer Beliebtheit.

1927 kam es nochmals zu einer regelrechten Hochkonjunktur in Mariatheresientalern: auf 15 Mill. Stück belief sich der Ausstoß dieses Jahres. Weitere fünf Jahre später stellte die österreichische Münze die Prägung ein.

Großer Bedarf

Damit war aber keineswegs das Ende des Mariatheresientalers gekommen. 1935 kaufte Mussolini Österreich die Matrizen und Prägestücke ab, um die Taler alle in seine Hand zu bekommen. Das Ergebnis war ein fühlbarer Mangel an diesen Handelsmünzen in den arabischen Ländern. Daher begann nun ihrerseits die britische Münze mit der Prägung. In den Jahren 1935 bis 1938 wurden 9 Mill. Stück geprägt.

Eine Zeitlang war der Bedarf so groß, daß auch Paris und Brüssel die Prägung aufnahmen. Nun schlug das Pendel nach der anderen Seite aus: es gab plötzlich ein Überangebot, und der Wert der Taler fiel. Und wieder gab es eine Wende in der Geschichte dieses Geldstückes: der

zweite Weltkrieg brach aus, Brüssel, Paris und London stellten die Prägung ein. Erneut trat nach einiger Zeit eine Verknappung ein, aber auch diesmal wurde Abhilfe geschaffen: Bomben sprang in die Bresche und gab 17 Mill. Stück aus.

Eiszeit unter Trümmern

In Berlin gräbt man nach Skeletten

Berlin (DPA). Seit dem letzten Krieg liegen unter den Trümmern des Berliner Museums für Völkerkunde die Skelette der eiszeitlichen Menschen von „Le Moustier“ und „Combe Capelle“ begraben. Jetzt ist der Göttinger Anthropologe Prof. Dr. Gerhard Heberer mit der Leitung der Ausgrabungen beauftragt worden. Beide Skelette besitzen großen wissenschaftlichen Wert. Während es sich bei dem Fund

Führerloses Flugzeug

Sydney (Australien; DPA). Ein australisches Übungsflugzeug vom Typ Auster raste diese Tage führerlos über die dicht besiedelten Vorstädte der australischen Stadt Sydney hinweg. Es konnte erst 48 Kilometer nördlich der Stadt über dem Meer abgeschossen werden.

Das Flugzeug hatte sich auf dem Flugplatz Bankstown bei Sydney selbständig gemacht. Es setzte sich plötzlich in Bewegung, nachdem der Pilot den Propeller angeworfen hatte, und schraubte sich bis in eine Höhe von 1500 Meter.

von Le Moustier um einen noch jugendlichen Neandertaler handelt, gehört das Skelett von Combe Capelle zu den ältesten Funden von Menschen des „modernen Typs“.

Die Schädel der Skelette waren vor der Zerstörung des Berliner Museums ausgelagert worden und mußten nach Kriegsende den Sowjets ausgeliefert werden. Professor Heberer hofft, daß sie nach der Ausgrabung der Skelette zurückgegeben werden.

Japanischer Erdtrabant?

Tokio (AP). Der japanische Flugzeug- und Raketenfachmann Dr. Itokawa gab bekannt, daß Japan voraussichtlich 1962 in der Lage sein werde, einen Erdtrabanten auf die Reise zu schicken.

Während die USA und die Sowjetunion ihre Trabanten von mehrstufigen Raketen in die Höhe tragen lassen wollen, soll der japanische Trabant zunächst von einem Ballon 30 000 Meter hoch getragen und von dort mit einer nur zweistufigen Rakete weiterbefördert werden.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1. Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Telefon: 66 54 31.

Druck: W. Büxenstein, GmbH.